

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 137. Ratssitzung vom 31. März 2021

3784. 2019/44

Weisung vom 17.03.2021:

Dringliche Motion von Gabriele Kisker und Luca Maggi betreffend neue Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Dringlichen Motion GR Nr. 2019/44.

***Luca Maggi (Grüne)** beantragt namens der Grüne-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK HBD/SE: Gabriele Kisker (Grüne) und ich wie auch zahlreiche direkt betroffene Bewohnerinnen und Bewohner von Wollishofen warteten gespannt auf die Antwort auf unsere Motion. Wir wurden immer wieder angefragt, wie der aktuelle Stand sei, was die Stadt genau plane und wie die Zukunft rund um das begehrte Gebiet direkt am Zürichsee ausgestaltet werde. Gerne hätten wir diesen Frühling genau und fachkundig Auskunft über die Pläne und Verhandlungen der Stadt erteilt. Leider stehen wir heute jedoch bei vielen Fragen im Dunkeln. In seinem Antrag auf Fristerstreckung und damit auf eine sofortige materielle Behandlung hält der Stadtrat nicht fest, wo er in der Verhandlung mit der KIBAG steht. Er hält nicht fest, mit welchen Forderungen und mit welcher Verhandlungsmasse er die Motion umzusetzen versucht. Auch hält er die Leitplanken für die Testplanung «Seeufer Wollishofen» nicht fest. Der Stadtrat hält lediglich fest, dass er die Bevölkerung miteinbeziehen will – aber nicht wie und wofür. Leider bleibt der Verdacht, dass beim Einbezug die Bevölkerung zwar informiert und zu direkt Betroffenen, aber nicht zu direkt Beteiligten gemacht werden soll. Zu verschiedenen Punkten bestehen weiterhin offene Fragen, die rasch geklärt werden sollen: Wir wollen nicht nochmal ein Jahr warten. Im schlechtesten Fall wird das so lange dauern, bis kein Handlungsspielraum mit der KIBAG mehr besteht. Wir lehnen darum eine sofortige materielle Behandlung ab und beantragen die Zuweisung an die Spezialkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE). Wir verstehen, dass planerische und juristische Abklärungen Zeit beanspruchen. Wir verstehen, dass Verhandlungen mit Privaten zäh sein können. Grundsätzlich spricht darum nichts dagegen, der Stadt ein zusätzliches Jahr Zeit zu geben. Das Jahr bringt jedoch nur etwas, wenn der Stadtrat sich seiner Aufgabe und Pflicht bewusst ist. Das wollen wir in der Kommission heraushören. Schliesslich steht das Geschäft wohl auch in direktem Zusammenhang mit der Marina Tiefenbrunnen, aber auch mit dem geplanten Gebietsaustausch «Sonnau» in Adliswil. Es braucht Naherholung, es braucht Grünraum und wo Wohnraum entsteht, muss dieser für die gesamte Bevölkerung erschwinglich sein. Das grosse Mahnmal, wie es nicht geht, entsteht nebenan, wo die Franz AG am Mythenquai 153 einen Luxusbetonbunker baut, der den nahen Freiraum am See beschattet. Aufgescheucht von diesen Plänen reichten wir vor zwei Jahren diese Motion ein, da wir bezweifeln, dass die Stadt genügend hart verhandelt, wenn es darum geht, preisgünstigen*

2 / 3

Wohnraum sowie Grün- und Freiraum zu sichern und zu schaffen. Das Anliegen wurde von einer Mehrheit getragen. Aus der Bevölkerung in Wollishofen wurden mehrere Petitionen und tausende Unterschriften gesammelt. Was in Zukunft in Wollishofen am See geschieht, muss im Sinne der Allgemeinheit sein. Wir hoffen darum auf klärende Antworten in der Kommission und auf knallharte Verhandlungen mit der KIBAG.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Der Antrag auf Fristerstreckung hat seine Gründe: Der Sachverhalt ist sehr komplex, es bestehen Grundordnungen, es gibt einen gültigen Gestaltungsplan des KIBAG-Areals, es muss überhaupt erst erreicht werden, dass man mit Grundeigentümern zusammenarbeiten kann und die Stadt selbst ist mit der Roten Fabrik involviert. Die hohe Komplexität verlangt ein sorgfältiges Herangehen, wenn die Anliegen der Motion erfüllt werden sollen. Der Sachverhalt ist nicht nur raumplanerisch komplex, sondern auch rechtlich. Es geht nicht nur um das KIBAG-Areal, sondern um die gesamte Strecke vom Pier 7 bis zur Roten Fabrik. Es ist eine Mischung von privaten und öffentlichen Grundeigentümerschaften und es gibt verschiedene Nutzungen: Freiraum, Industrie, Wohnen und das eingeforderte preisgünstige Wohnen. Das alles befindet sich in einer Uferzone, wo das Planen per se und aus gutem Grund mit besonderen Anforderungen verbunden ist. Als Grundlage, auf der man in die Verhandlungspositionen kommt, braucht es eine Testplanung, die alle Ansprüche, Vorstellungen und Auflagen berücksichtigt. Dafür muss man mit allen Beteiligten eine gemeinsame Strategie im Dialog entwickeln. Das stellt erst sicher, dass die zentralen Fragen rechtzeitig geklärt werden können. Die Vorbereitungsarbeiten befinden sich durchaus auf einem guten Kurs. Wir sind jetzt so weit, dass wir mit den Grundeigentümerschaften im zweiten Halbjahr verhandeln können mit einem Plan, wie wir das Quartier einbeziehen können. Dann können wir die weiteren planerischen Schritte in Angriff nehmen, wofür schliesslich der Gemeinderat wieder zum Zug kommen wird. Bis dem Gemeinderat ein Beschluss vorgelegt werden kann, sind einige Schritte erforderlich. Für Verhandlungen müssen wir in Verhandlungssituationen kommen können. Wir sind jetzt soweit, die Verhandlungen müssen nun stattfinden können. Wenn die Kommission zusätzliche Informationen will, ist das möglich. Im jetzigen Zeitpunkt ist das jedoch nicht nötig. Mit der Aufgleisung werden wir auch die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand informieren können.*

Der Rat lehnt die sofortige materielle Behandlung mit 48 gegen 64 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist die Weisung der SK HBD/SE überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat